

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat.

Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat. Abgabe bis zum 1. d. M. für den Monat.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 202. — 84. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff - Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonntag, 30. August 1925

## Selbsthilfe gegen Teuerung?

Nach dem vorläufigen Abschluß der wichtigsten außenpolitischen Fragen hat sich die Reichsregierung wieder mehr den inneren Problemen gewidmet. Das wichtigste ist nun der eingeleitete Kampf gegen die allgemeine Teuerung, die mit ihren Folgen tief in das Wirtschaftsleben eingreift. Denn überall tauchen die Forderungen nach Lohnerhöhungen auf, die von den Arbeitnehmern mit der immer weiter um sich greifenden Teuerung begründet werden. Wie schwer das Gewicht dieser Frage schließlich wurde, ergibt man daraus, daß sich die Reichsregierung zu den jetzt bekanntgewordenen außerordentlich einschneidenden Beschlüssen gegen die Preistreiber veranlaßt sah.

Nicht uninteressant ist es, dabei zu sehen, wie die Regierung als solche sich allein ohnmächtig fühlt. Sonst hätte sie nicht an die Mithilfe der gesamten Bevölkerung appelliert, die ja, soweit sie aus Verbrauchern besteht, zu den Hauptleidtragenden gehört. Und zu den Verbrauchern ist schließlich jeder zu zählen. Es dürfte da angebracht sein, die Frage zu unteruchen, wie sich eine solche Mithilfe der Konsumenten auswirken kann. Allzuviel darf man sich vorläufig allerdings davon nicht versprechen. Man muß sich immer vor Augen halten, daß es sich nur um Einzelpersonen handelt, die zusammen zwar eine große Macht repräsentieren können, aber nicht so leicht unter einen Hut gebracht werden können. Allerdings sind auch hier schon verschiedene Ansätze gemacht worden. Es sei nur an die verschiedensten Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen erinnert. Diese aber auf weitest möglicher Grundlage zu stellen, dürfte bei dem Aufbau der deutschen Wirtschaft ein gefährliches Experiment sein, das eine Vernichtung eines großen Teiles des Einzelhandels zur Folge hätte, der doch einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor darstellt. In anderen Ländern hat man es mit einem Käuferstreik versucht, der aber an und für sich fragwürdig ist und auch nur zeitweilige Erfolge erzielt, die aber nie länger anhalten.

Die Maßnahmen der Regierung richten sich in erster Linie gegen die Auswüchse der Kartelle und ähnlicher Preiskonventionen. Auch hier darf man nicht das Rad mit dem Bade ausschütten und muß in erster Linie darauf sehen, daß diese Vereinigungen ihrem eigentlichen Zwecke treu bleiben, auf die Preisregulierung zu wirken und somit die Erzeugung in angemessenem Umfang sicherzustellen. Hier wurde allerdings geahndet, indem der Preisregulator auch zum Preisbildner wurde. Deshalb blieben die meisten bisherigen Regierungsmaßnahmen wirkungslos, da man das Ziel nicht an der Wurzel packte. Wir wollen nur hinweisen auf die schon einmal erfolgte Senkung der Umsatzsteuer, von der die Konsumenten leider nichts bemerkten. Man muß daher dem Appell der Regierung an die Produzenten, die für den 1. Oktober vorgesehene erneute Herabsetzung dieser Steuer in Erscheinung treten zu lassen, etwas zweifelnd gegenüberstehen. Einen größeren Eindruck auf preistreiberische Kreise dürfte vielleicht die Drohung der Reichsbank machen, durch ihre Kreditpolitik nötigenfalls den Verordnungen der Regierung den gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Die amtlichen Kreise sind hoffnungsvoll. Dieser Optimismus kam auch bei den Lohnverhandlungen im Bankgewerbe zum Ausdruck. Dabei erkannte der Schlichter zwar das Bestehen der Teuerung und damit wohl auch die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung an, glaubte der letzteren aber mit Rücksicht auf die Preisentwicklung der Regierung widersprechen zu müssen, die sich danach bis Ende Oktober auswirken müssen. Derselben Gründe dürften wohl auch bei anderen Verhandlungen geltend gemacht werden. Glücklicherweise ist die drohende große Bauarbeiterausperrung im letzten Augenblick durch einen Vergleich zwischen beiden Parteien vermieden worden.

Ob die Regierungsmaßnahmen etwas nützen, wird sich zuerst zeigen, wenn die Preise vorläufig wenigstens stabil bleiben. Das würde sofort eine gewisse Verbundigung schaffen und besonders den Einfluß der besonnenen Elemente unter den Führern des Lohnkampfes stärken, was im Interesse des inneren Friedens dringend wünschenswert ist. Sonst dürfte der Ruf nach Selbsthilfe und Zusammenstoß in der Konsumentenenschaft lauter als je erschallen. Deshalb hat auch der Einzelhandel alles Interesse daran, die Maßnahmen der Regierung nicht zu durchkreuzen. Ferner würde wahrscheinlich der Einfluß der Kreise wachsen, die das Heil in einer weitgehenden Restriktion oder wenigstens stärkeren Bewachung des Handels sehen.

## Was der Einzelhandel sagt.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels protestierte in einer Versammlung in Berlin gegen die Behauptung, daß der Einzelhandel für die jetzige Teuerung verantwortlich sei. Die verschiedenen Gewerbevertreter erhoben Einspruch gegen den Vorwurf der wirtschaftlichen Überverteilung der Bevölkerung. In manchen Branchen habe der Kleinhandel nur 7% Gewinnanteil. Verschiedene Redner schilderten die Notlage ihres Gewerbes und bekämpften die in letzter Zeit verbreitete Ansicht, daß das Gewerbe die große Schuld an der Teuerung trage. Auf der einen Seite werde der Einzelhandel von seinen Lieferanten gedrückt, auf der anderen Seite von seinen Arbeitnehmern angegriffen. Er führe also keinen leichten Kampf.

## Die Antwort der deutschen Regierung.

### Deutscher Standpunkt unverändert.

Paris, 28. August.  
Der deutsche Botschafter in Paris hat nunmehr die Antwort der Reichsregierung auf die am 27. August veröffentlichte Note Frankreichs in der Sicherheitsfrage dem französischen Außenminister überreicht. Damit wurde die Veröffentlichung freigegeben.

### Der Wortlaut

beschränkt sich diesmal auf eine kurze Zustimmung zu den Konferenzvorschlägen, betont aber das unveränderte Festhalten Deutschlands an seinen Vorschlägen vom 20. Juli. Das Schreiben besagt wörtlich:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der französischen Note vom 24. August zu bestätigen. Die am Schluß der französischen Note ausgesprochene Ansicht, daß eine Fortsetzung des Notenwechsels kaum geeignet wäre, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammenhängenden Fragen zu führen, wird von der deutschen Regierung, die dem Wunsch nach möglicher Beschleunigung der Erörterungen in der Note vom 20. Juli auch ihrerseits Ausdruck gegeben hatte, durchaus geteilt. Die deutsche Regierung begrüßt deshalb die von Seiner Exzellenz dem französischen Herrn Botschafter mündlich mitgeteilte Äußerung, daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens möglichst bald zusammentreffen, um dem deutschen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich von den Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und technische Seite der zur Erörterung stehenden Probleme zu unterrichten. Unter diesen Umständen glaubt die deutsche Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt zu einer Reihe der wichtigsten Fragen in der Note vom 20. Juli dargelegt hat, von einer weiteren schriftlichen Erläuterung dieses Standpunktes und von einer Stellungnahme zu den Ausführungen der französischen Note jetzt absehen zu sollen.

Die Pariser Presse nimmt die Note im allgemeinen günstig auf, glaubt aber darauf hinzuweisen zu müssen, daß Deutschland immer noch gewisse Einwände gegen den Eintritt in den Völkerbund aufrechterhalte und schließlich vor allen Dingen die Räumung der Röhner Zone verlange, findet das etwas bedenklich, hofft aber auf die beginnenden Verhandlungen.

Deshalb müßte er von sich aus schon alles tun, um etwaigen Angriffen von vornherein zu begegnen.

### Gewerkschaften und Preisfestung.

Im Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung mit den Vertretern der Gewerkschaften aller Richtungen statt. In der Ansprache wurde durch die Regierungsvertreter die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Maßnahmen der Regierung schon in kurzer Zeit sich praktisch auswirken würden. Die Regierung erwarte jedoch, daß sie von allen Kreisen bei ihrem Vorgehen unterstützt werde. Eine Stabilisierung der Preise, besonders aber ein Zurückdrängen unberechtigter Forderungen, sei unmöglich, wenn auf der anderen Seite Lohnforderungen gestellt würden, die in keinem Verhältnis zur allgemeinen Wirtschaftslage ständen.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, an dem Problem der Preisfestung mitzuarbeiten. Man sei jedoch durch gewisse Vorurteile in der Vergangenheit sehr kritisch geworden, und erst dann, wenn die Maßnahmen der Regierung ihre Auswirkungen zeigten, könnte von den Gewerkschaften tatsächlich eingegriffen werden. Es wurde dann noch die im Augenblick so wichtige Frage der Lebensmittelpreise gestreift. Bei der Behandlung der Lebensmittelpreise betonte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, es sei erwiesen, daß namentlich auf dem Fleischmarkt der Zwischenhandel unberechtigte Gewinne ziehe. Sorge der Regierung werde es sein, durch Annäherung der ländlichen Organisationen und der Konsumvereinigungen den Zwischenhandel nach Möglichkeit auszuschalten.

### Die Manchester Guardian zu den kommenden Faktverhandlungen.

London, 29. August. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ beschäftigt sich mit den kommenden Faktverhandlungen und schreibt in bezug auf die Aussicht über die entmilitarisierte Rheinlandzone durch den Völkerbund, daß es vielleicht für die juristischen Mitarbeiter am kommenden Montag, gewiß aber für die Außenminister nötig sein werde, mit Genf in Fühlung zu bleiben. Der Wortlaut des Vortages, zu dem Chamberlain vor einigen Tagen seine Zustimmung gegeben habe, gebe Frankreich das, wonach es schon lange aussah, was es aber kaum erhofft hatte, nämlich die Gewißheit, daß Großbritannien automatisch in einen europäischen Krieg eintreten würde im Falle einer deutschen Verletzung, und zwar nicht nur in bezug auf die östlichen Grenzen Frankreichs, wie dies auf der Friedens-

### Ministerkonferenz in Lausanne.

In einigen französischen Blättern wird bereits ange deutet, wenn die Montag beginnende juristische Vorbesprechung in London befriedigend verlaufe, würden die Außenminister der beteiligten Staaten, von deutscher Seite also Dr. Stresemann, noch im Laufe des September in Lausanne zusammentreten, um die endgültigen Auseinandersetzungen und Abmachungen in Angriff zu nehmen.

### Deutschlands Wirtschaftskraft.

New York, 28. August.  
Gates W. McGarragh, der amerikanische Direktor des Generalrates der deutschen Reichsbank, ist von einer fünfmonatigen Reise durch Europa zurückgekehrt. McGarragh erklärte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sich bedeutend gebessert hätten, wenn auch dieser Prozeß sehr langsam vor sich geht. Von meinen mehrfachen Besuchen in Deutschland seit April dieses Jahres gewann ich die Überzeugung, erklärte McGarragh, daß sich in Deutschland eine Besserung vorbereitet, die von Dauer zu sein scheint. Diese Besserung wird mir ganz allmählich vor sich gehen. In der Hauptsache braucht die deutsche Wirtschaft Betriebskapital, am besten in der Form von langfristigen Krediten. Bis man diese haben kann, ist der augenblickliche Kapitalbedarf nur durch Niedrighaltung der Zölle zu decken. McGarragh verbreitete sich sodann auf direkte Anfragen der Journalisten hin über die Wahl Hindenburgs und die Stinnes-Affäre. Zum ersten Punkt erklärte er, daß Hindenburgs Wahl viel zur Stabilisierung der innerpolitischen Situation beigetragen habe. Mit dem Stinnes-Zusammenbruch habe man sich in guter Manier abgefunden. Sie habe ihn zu der Überzeugung gebracht, daß auch zukünftige ähnliche Ereignisse, auch wenn sie von gleichem Ausmaß seien, das Wirtschaftsleben nicht erschüttern können. McGarragh schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß „es zur Erreichung normaler Zustände wesentlich beitragen würde, wenn das Gerücht über zukünftige Kriege ein für allemal aufhören würde. Zum Kriegsführen,“ fügte er hinzu, „gehört Geld und eine Faust, beides ist nicht vorhanden.“

konferenz besprochen und später von Lloyd Georges angeboten wurde, sondern auch in bezug auf rein deutsches Gebiet links des Rheines, welches neutralisiert werden.

### Kritische Lage in Syrien.

Damaskus gefallen?  
Amtlich allerdings noch nicht bestätigte Meldungen besagen, daß die Drusen Damaskus besetzt hätten. Die Franzosen mühten angeblich unter schweren Verlusten der Rückzug anzutreten.  
Die französischen Behörden sollen vor einigen Tagen in Damaskus viele Verhaftungen vorgenommen haben, da die arabische Bevölkerung mit den angreifenden Drusen in Verbindung getreten sei. Ferner begann Frankreich mit dem Abtransport der Zivilbevölkerung. Berichte aus syrischer Quelle besagen, daß die antifranzösische Agitation stark um sich greife und daß die Beduinen und arabischen Nationalisten mit den Drusen gemeinsame Sache machen.

### Bolschewistischer Handstreich in Kanton.

Schwere Kämpfe erwartet.  
Aus Hongkong wird gemeldet, daß die bolschewistischen Kadetten aus Schanpu die Stadt am 25. August überrumpelten und etwa hundert Beamte gefangen nahmen, die an der Ermordung des Finanzministers der Kantongregierung, Liaofschungtwi, beteiligt sein sollen. Schwere Kämpfe und Bombardements werden erwartet.  
Die Kadetten sollen im Besitz aller wichtigen Punkte der Stadt sein. Der verlorbene Sunhatsin hat die Verbindung mit den Bolschewisten eingeleitet und sie hat sich nach seinem Hinscheiden stark entwickelt. Die Regierung in Kanton betrachtet sich als unabhängig von Peking und hat den Boykott gegen die englischen Waren mit dem Hafenverbot für britische und japanische Schiffe auf eigene Faust unternommen.

### Vorläufig kein Austausch der Tscheka-Kommunisten.

Berlin, 28. August. Ein Berliner Blatt meldet, daß der Austausch der drei im Tschekaprozeß zum Tode verurteilten Kommunisten Rumann, Loebe und Tschelkoff gegen